



Anne Janssen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Anne Janssen: „Das Bürgergeld setzt falsche Anreize“ Prinzip des „Forderns und Förderns“ erhalten

Berlin, 11.11.2022

Anne Janssen, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 5.845
Telefon: +49 30 227-71366
Fax: +49 30 227-2371366
anne.janssen@bundestag.de

Wahlkreisbüro Jever:
Am Kirchplatz 4
26441 Jever
Telefon: +49 4461-7586144
Fax: +49 30-2371366
anne.janssen@bundestag.de

Der Bundestag hat heute das so genannte Bürgergeld debattiert. Dazu erklärt Anne Janssen, Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund:

„Das Bürgergeld der Ampel-Regierung ist ein Schritt hin zur schleichenden Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir hingegen wollen das Prinzip „Fordern und Fördern“ erhalten. Im ersten halben Jahr des Leistungsbezugs führen Pflichtverletzungen nicht zu Leistungsminderungen. So können zum Beispiel jegliche Angebote zur Arbeitsaufnahme ohne Folgen abgelehnt werden. Das und die überlangen Karenzzeiten sowie die Einführung hoher Schonvermögen sind der falsche Weg. Die Ampel lässt den Respekt vor denjenigen vermissen, die jeden Tag zur Arbeit erscheinen und unseren starken Sozialstaat überhaupt erst möglich machen. An allen Ecken und Enden fehlen Fach- und Arbeitskräfte. Die von der Koalition vorgeschlagenen Änderungen in der Grundsicherung setzen auch deshalb völlig falsche Anreize. Gerade jetzt ist der Zeitpunkt, alles dafür zu tun, um Menschen in Arbeit zu bringen.

Die gegenwärtigen Preissteigerungen treffen Leistungsbezieher hart. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die Regelsätze zum 1. Januar 2023 angehoben werden. Alle sonstigen Vorhaben der Ampel zum sogenannten Bürgergeld müssen von dieser Erhöhung entkoppelt und gesondert erörtert werden. Es ist unverantwortlich, dass die Ampel unseren Vorschlag, diese Regelsatzerhöhung unabhängig vom Bürgergeldgesetz selbst vorzuziehen, abgelehnt hat.“